An Haushalte mit Tagespost

schanze | 20357

engagiert – aufmunternd – anregend

Es gibt zu lesen:

Quo vadis, Karoviertel

Beust: Ablösung abgesagt

Feindbild Demonstrant

MacDonalds im S-Bahnhof Sternschanze – nicht nur ein Gerücht

Nachdem es bereits das Mövenpig Kantinenangebot im Sternschanzenpark (siehe Seite 2) gibt, soll es wohl bald durch einen Fast-food Laden an die Schanzenstraße ergänzt werden. Das wird den Geschäften ringsum nicht gefallen. Aus dem Umfeld der McDonald Lizenzwirte in Altona und Stellingen kam der Hinweis, dass die Hochbahn den Zeitungsladen im Bahnhof rausräumen will, um Platz für ein großes Burgerlokal zu schaffen. Die Pommes- und Dönerbude ist schon draußen.

OFFENES AnwohnerInnen-Forum

Das Netzwerk zum Erhalt des Sternschanzenparks, die Initiative zur Bildung einer Sozialgenossenschaft St. Pauli Nord u.a. laden ein:

Dienstag, 3.6. 2008,
19:30 Uhr

in den „Tischlerei"-Saal beim Restaurant „Neues Palé", Sternstraße 2 (Eingang neben der Alten Rinderschlachthalle).

Die Befürchtung vieler MieterInnen nach dem Verchecken ihrer Häuser, schnell mehr Mietzins zahlen zu müssen, bestätigt sich überall. Lang eingesessene ÄrztInnen müssen das Viertel verlassen. Der Verkauf des Montblanc-Gebäudes an einen Frankfurter Investor wird dort bald spürbar sein. Gleichzeitig fehlen Freizeit- und soziale Angebote für die verbliebenen Kinder und Jugendlichen. Z. B. brauchen Schulen und Kitas dringend Räume für musische Bildung. Es fehlen als aktives Gegengewicht mehr Kontakte untereinander, ein soziales Zentrum, das auch ein Ort des politischen Zusammenhalts und der persönlichen Ermutigung sein kann, und eine demokratische Struktur zur Selbstverständigung. Dazu soll am 3. Juni die Idee einer Sozialgenossenschaft für die hiesigen Viertel zur Diskussion gestellt werden.

Hamburg

NACHRICHTEN

STADTTEILWANDEL SCHUTZ DER ALTBEWOHNER GEFORDERT

Feindliche Übernahme der Latte-Fraktion

Steigende Mieten und Quadratmeterpreise. In Szenelagen wie St. Georg, Ottensen oder Eimsbüttel werden die alten Mieter verdrängt. Der Mietervorein schlägt Alarm.

Schiffshafgase haben Folgen für HafenCity

Merkel spricht in der Bucerius Law School

„Man wird vom Schicksal hart oder weich geklopft, es kommt auf das Material an."

NEU! Jetzt auch St. Georg

Latte Macchiato + Kaviar machen nicht satt

Die Viertel beginnen sich wieder zu bewegen

Von Willi Scherff

Neben dem Widerstand gegen das Luxushotel im Sternschanzenpark rappeln sich in jüngster Zeit angesichts steigender Mieten und zunehmend aggressiverer Schickimickisierung in St. Pauli und den umliegenden Vierteln neue Initiativen auf. Von Gewicht scheinen hier der Ansatz des sogenannten MieterInnenRates und das „Aktions-Netzwerk gegen Gentrification" zu werden.

Am 11. Februar 2007 verblüffte das Hamburger Abendblatt mit der Forderung nach einem „Schutz der Altbewohner" vor dem „Stadtteilwandel" und der Kritik an der „feindlichen Übernahme der Latte-Macchiato-Viertel". Das Blatt nahm damit eine Formulierung des Vereins „Mieter helfen Mieter" (MhM) auf. Gemeint waren Schanze, St. Georg, das Karo-Viertel und Ottensen, die – die Zeitung zitierte den Trendideologen Peter Wippermann – künftig „Stadtteile wie Eppendorf in ihrer Funktion als bürgerliche Szeneviertel" ablösen sollen.

Auslöser für die Initiative von MhM und für das Interesse der Springer-Presse war die plötzliche Hochstufung von Teilen der Nebenstraße „Koppel" in Sankt Georg von einer „normalen" zu einer ‚guten' Wohnlage. Solche Einschätzungen des Senats ziehen Mietsteigerungen von bis zu 20 Prozent nach sich. Bereits zwischen 2000 und 2005 war in St. Georg die durchschnittliche Netto-Kaltmiete pro Quadratmeter von 7,55 Euro auf 9,90 Euro gestiegen. Dagegen regte sich Widerspruch: Zum Treffen „Ohne Mix is nix!" kamen mehr als hundert Leute und beim ersten Großen Ratschlag von MhM im Kölibri St. Pauli diskutierten 92 Menschen die Veränderung der westlichen Innenstadt. Ein Vorschlag dabei war, um eine neue „soziale Erhaltungsverordnung" in den Bezirken Mitte und Eimsbüttel zu kämpfen, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu erschweren. Aus den Ratschlägen entstand bald der „MieterInnenRat", heute ein Zusammenschluss aus MhM, diversen Gruppen und Einzelpersonen. Seine bislang größte Aktivität war 2007 die „Rote Karte für Ole", eine Postkar-

Weiter auf Seite 2 ▶

schanze|20357 wird herausgegeben vom Freien Netzwerk zum Erhalt des Sternschanzenparks zur Förderung des politischen und sozialen Widerstandes gegen die neoliberale Kommunal- und Stadtpolitik in Hamburg. ***www.schanzenturm.de***

Fortsetzung von Seite 1:

tenaktion, die sich gegen Zwangsumzüge von HartzIV-EmpfängerInnen wandte und einen Stopp der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie Mietsteigerungsgrenzen bei Neuvermietung und Modernisierung forderte. MhM richten sich damit zwar gegen die Symptome der Umstrukturierungsprozesse, leider aber nicht gegen deren Ursachen. Bisherige Miet-erhöhungen bleiben unangetastet und Wege, wie Betroffene sich gemeinsam wehren können, werden nicht aufgezeigt. Immerhin: Fast 20.000 Menschen haben die „Rote Karte“ ausgefüllt, das Medienecho war groß. Ole von Beust lehnt es bis heute ab, die Karten persönlich entgegen zu nehmen. Allerdings, so MhM-Juristin Christiane Hollander, hätten SPD, GAL und Linkspartei die Forderungen in ihre Wahlprogramme übernommen. Jörg Steffen von der GWA und aktiv im MieterInnenRat, ist bei allem Erfolg auch ernüchtert: „Im Nachhinein muss ich sagen: Ich habe mir mehr davon versprochen.“

GWA/Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd engagiert sich auch in einem weiteren neuen Bündnis: Das „Aktions-Netzwerk gegen Gentrification“ startete am 4. und 5. April die „Es regnet Kaviar“-Kampagne. Viele Gruppen und Organisationen vom St. Pauli-Fanladen über Clubbetreibende bis hin zu Flüchtlingsgruppen und der Gemeinde der St. Pauli Kirche beteiligten sich an einem politischen Straßenfest und einem „Punkrave“. Erst nach einigem Hickhack mit der Polizei setzte die GWA die Genehmigung für das Fest durch. „Es regnet Kaviar“ thematisierte die „kupferne Investorenarchitektur“, steigende Dividenden der Immobilienbesitzer sowie die zunehmende Überwachung und Reglementierung des öffentlichen Raums, z.B. durch Überwachungskameras und das kürzlich eingeführte Alkohol- und Waffenverbot auf dem Kiez. Mit rund 500 TeilnehmerInnen war das Fest leider nicht so gut besucht wie erhofft, was aber auch am starken Regen gelegen haben mag. Ganz anders am Abend vor dem Fest: Im Foyer der Ganztagsschule St. Pauli drängten sich mehr als 300 Leute. Knapp, informativ und unterhaltsam boten unter anderem der Künstler und Unternehmensberater Armin Chodzinski, der bekannte linke Berliner Stadtsoziologe Andrej Holm und Christoph Schäfer von Park Fiction Einsichten zum Thema Gentrifikation. Die Beiträge liegen auf der „Es regnet Kaviar“-Webseite zum Anhören bereit (Link siehe unten). Spaß machte vor allem das von Schäfer demonstrierte individuelle „Abwertungskit“ zum effektiven Abschrecken von Investoren: Satellitenschüsseln an der Fassade, Klingelschilder mit ausländisch klingenden Namen, prollige Ripp-Unterhemden auf der Wäscheleine vorm Fenster und Lidl-Tüten auf dem Balkon. So wird „mit wenigen Handgriffen das Erscheinungsbild so verschlechtert, wie es muss“. Eine prima Idee. Einen Kritikpunkt an ihrem Konzept nahmen die Organisatoren vorweg: Sicher leiste auch ein solches Fest einen Beitrag zur Aufwertung. So sind die gesellschaftlichen Verhältnisse eben. Selbst aus ihren Widersprüchen können Kapital und Staat ihren Vorteil ziehen.

In ihrer Märzausgabe schreibt die SZENE Hamburg: „Der Erhalt der Hafenstraßen Häuser wurde schwer erkämpft. (...) Zum Glück sind sie mit dem Erfolg auch nicht träge geworden, sondern setzen immer wieder deutlich sichtbare Zeichen des Protests. Wenn es dem ganzen Stadtteil gelänge, sich trotz Kameraüberwachung, Waffenverbot und Jugendgewaltdebatte so treu zu bleiben, könnte man sich jetzt einfach entspannt zurücklegen und warten, bis der Wahnsinn vorüber ist.“ Doch dafür gibt es keinen Grund, denn Kaffeemilchgetränke und schwarze Fischeier sind teuer und machen nicht satt.

Weiterführende Links:

- **Mieterverein Mieter helfen Mietern:** www.mieterhelfenmietern.de
- **„Es regnet Kaviar“:** www.esregnetkaviar.de
- **Stichwort Gentrifizierung:** http://de.wikipedia.org/wiki/Gentrifizierung

Luxus light

Von Rayk Wieland

Verhältnismäßig einsam steht er da und ein wenig gespenstig, der zum Mövenpick-Hotel umgebaute Wasserturm, hoch erigiert über dem Schanzenpark. In der Sonne blitzen und funkeln die Fensterschlitze wie Schießscharten, die um das Gebäude verteilt sind. Ein Haus ohne Eingang, ohne Türen. Hoch oben umkurvt von Möwen, unten, auf den Wegen des Parks, von Polizei und Wachschutz, die das Gelände penetrieren.

Das also ist der Bau, der hier gegen jahrelange Proteste und Blockaden der Anrainer aus dem Viertel durchgesetzt und statuiert werden mußte. Ein Hochsitz für Besserverdienende, die gern auf Unterschichts-Safari gehen. Edelabsteige mit Problemkiez-Ambiente. Luxusdildo in feindlicher Landschaft. Touristen-Käfighaltung. Zu betreten nur durch einen Tunnel, unterirdisch von der Sternschanze aus.

Hat sich der Aufwand gelohnt?

Als Hamburger würde ich sagen: Okay, man steigt höchst selten in der eigenen Stadt im Hotel ab. Sicher, der Eingangstunnel hätte ruhig bis zum Flughafen verlängert werden können. Und schön, daß mangels Austrittsmöglichkeit das Antlitz des Parks kaum vom Freizeit-Ennui ahnungsloser Pauschal-Provinzler und Messevertreter kontaminiert ist.

Als Non-Hamburger aber, der kuriosen Kasematte von innen ausgesetzt, wäre ich, ehrlich zu sein, enttäuscht. Richtig, auch Tchibo-Filialen haben ihren Charme. Einverstanden, Teures kann auch billig sein. Mag sein, der Blick von oben entschädigt für manches. Das Ding hat keine öffentliche Aussichtsplattform, aber immerhin ein Restaurant, und ich kann sagen, ich bin da gewesen. Es ist dieses Außenaquarium mit Lebend-Hotelgästen, das am Fuß des Turms zu besichtigen ist. Hinein gelangt man auch da nur via Tunnel, der in ein vollverklinkertes, hübsch mit Halogen und Wischwaschi-Bumsmusik bestrahltes Foyer führt.

Der Laden ist angenehm, der Laden ist groß und hell und, als wir am Samstagabend aufkreuzen, fast leer. Die Farben monothematisch braun, hellbraun, dunkelbraun, beige. Dezentes bräunliches 70er-Jahre-Design. Von der Decke hängen umpuschelte Strahler in Graubraun. Auf den Tischen Deckchen, Blümchen und mit Mokkabohnen dekorierte Windlichter. In der Mitte des Raumes schwebt ein roter Trichter, aus dessen Mitte sich eine Kugelstange schlängelt, die Licht spendet. Das alles ist, wie man sagt, mit viel Geschmack arrangiert, den man nicht hat.

Wir, meine Begleitung und ich, zum Pärchenabend entschlossen, sitzen in der Ecke am Fenster, können rauskucken und sehen, wie die da draußen hineinschauen. Die Stimmung im Innern ist ernst, gediegen zäh, die Bedienung flötet professionell nett, und ein Sonnenuntergang tut uns den Gefallen, stattzufinden. Wir bestellen Wein und sondieren die Karten. Die Mövenpick-Hotels, wie andere Ketten auch, haben eine durchstandardisierte Küche, der aus Gründen der Folklore zwei, drei regionale Gerichte beigemengt sind. In Hamburg sind das der „Hamburger Pannfisch von Lachs und Zander“ und die „Hamburger Rote Grütze“. Ansonsten gibt's bei Mövenpicks (wie auch in den Mariott's, Westin und Hiltons jeder Stadt) überall die gleichen globalisierten Antipasti in Schälchen, den gleichen kleinen gemischten Salat mit Hähnchen-Sesam-Spießen, Aprikosen und Plastik-Dressing und Pasta-Kreationen von der Stange. Auf den Speisekarten steht stets „à la carte“ und auf den Weinkarten immer „in vino veritas“. In den Karten lauten die Rubriken „Aus dem Suppentopf“ oder „Aus dem Stall und von der Weide“ – die üblich esprit-amputierte Gastro-Lyrik. Unser Wein, Schloß Vollrads“, ein Riesling, weißgott weithin bekannt, „präsentiert“ sich der Karte zufolge „dezent und fruchtig mit schönen Feuersteinaromen“. Wer das behauptet, sollte zur Strafe die Feuerzeuge aller Hotelgäste ablecken müssen. Die Begleiterin entscheidet sich für Spaghetti mit Kirschtomaten, Pesto und Ruccola, die unter einer beeindruckenden Parmesan-Pyramide verschüttet sind.

Mövenpick
Hotel Hamburg
Sternschanze 6
20357 Hamburg
Telefon: 040 - 334411-0

Rechnung: 55812 20:42:12 2008-04-12
Tisch: 5/1 Restaurant

1xJever Pils	(3.20)	EUR	3.20
1xBad Brück.medium 0(	5.80)	EUR	5.80
1xAntipastivariation(	11.00)	EUR	11.00
1xKleiner gemischter(	6.50)	EUR	6.50
1xSpaghetti mit Kirs(	9.00)	EUR	9.00
1xHüftsteak	(16.00)	EUR	16.00
2xSchloss Vollrads 0(	6.90)	EUR	13.80
1xFendant 0,2	(6.30)	EUR	6.30
2xEspresso	(2.50)	EUR	5.00
1xKäseteller kl	(7.50)	EUR	7.50
1xHamburger Rote Grü(	5.50)	EUR	5.50
Total:			89.60 EUR

Gästeanzahl: 2

Brutto 19.00%	:	89.60 EUR
Netto 19.00%	:	75.29 EUR
Mwst 19.00%	:	14.31 EUR

Welcome Home in Hamburg

St-Nr: 9900501696
USD.ID: DE 811180123
Amtsgericht Stuttgart HRB 224079

Sie schmecken gut, sagt sie, sie sind okay, sagt sie, es gibt, sagt sie, nichts auszusetzen, aber Euphorie sieht anders aus. Ich bestelle ein Rumpsteak, nicht irgendeines, sondern das vom „Schleswig-Holsteiner Weideochsen“, wer immer das ist, mit Pfeffer-Sahne-Sauce. Das Fleisch ist zart / das Fleisch schmeckt apart, und ich schwanke stark zwischen Nichtenttäuschung und Nichtbegeisterung. Zum Dessert probieren wir die Grütze aus Hamburg und etwas Käse mit Feigensenf.

Ich will nicht ungerecht erscheinen. Ich habe schon schlechter gegessen und aufrichtiger bereut. Das Mövenpick im Wasserturm ist eine solide Kantine, aus der niemals spitze Schreie der Begeisterung dringen werden. Schnickschnack und Kokolores halten sich knapp über Flohmarkt-Niveau. Die Preise sind nur moderat überteuert. Luxus light für den Klüngel mit Dünkel.

Sagen wir so: Wer drin ist, sollte nicht rausgehen, und wer draußen sein kann, muß nicht rein.

Auf dem Rückzug passieren wir wieder das gelackte Foyer-Gewölbe mit seinen Nischen und Sitz-Eckchen, frivolen Phantasiegeweihen und XXL-Muscheln an der Wand. Hier wäre, denke ich beim Rausgehen, der richtige Ort für Soft-Satanisten, falls die mal einen Schulungsfilm drehen wollen. Es ist aber die Studio-Deko des ARD-Kulturmagazins „Titel Thesen Temperamente“.

Rayk Wieland veranstaltet gemeinsam mit Gerhard Henschel an jedem ersten Donnerstag im Monat den „Toten Salon“ im Nachtasyl des Thalia Theaters

Ablösung abgesagt

GAL sei Dank: Ole von Beust sitzt fester im Sattel denn je

Von Andreas Blechschmidt

Die Chronik einer angekündigten schwarz-grünen Koalition in Hamburg geht weiter. Am 17. April 2008 präsentierten die Verhandlungsdelegationen von GAL und CDU die Unterschriften unter dem Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit. CDU-Verhandlungsführer Ole von Beust und GAL-Spitzenfrau Christa Goetsch freuten sich, „gesichtswahrend über den eigenen Schatten“ gesprungen zu sein. Beusts Parteifreund und künftiger Finanzsenator Michael Freytag erkannte „frischen Wind“ für Hamburg. Und auf Seiten der GAL lobte man die „sehr belastbaren Ergebnissen“. Die letzte Hürde, die Zustimmung vor allem der GAL-Mitgliederversammlung, war kaum mehr als eine Formsache.

Die GAL in Hamburg hat damit eine neue programmatische Strategie für sich entdeckt. Früher wechselte man die Partei, wenn einem bestimmte politische Zielsetzungen nicht passten. Die Grünen in Hamburg haben nach den Bürgerschaftswahlen der Einfachheit halber die Restbestände linker bzw. ökologischer Politikinhalte ausgewechselt. Nach der Erosion der Inhalte in den letzten Jahren war ehrlicherweise ohnehin nicht mehr viel Ballast abzuwerfen. Mit ihrem Leitbild der »Kreativen Stadt« verbreitete die GAL eine ökologischere Variante der Propaganda des bisherigen allein regierenden CDU-Senats von der »Wachsenden Stadt«. Paradigmatisch heißt es bei den Grünen unter anderem: „Die Kreative Stadt transportiert aber nicht nur Hoffnungen, sondern auch Risiken und Herausforderungen. Die Risiken liegen in der wachsenden Eigenverantwortlichkeit der Individuen, die die fortschreitende Erosion der sozialen Sicherungssysteme verursacht. Die Herausforderung liegt darin, dieses Risiko mit der eigenen Kreativität zu überwinden.“ Die schlichte Hinnahme neoliberaler Deregulierung war also bereits bei der Verabschiedung des Wahlprogramms das Signal der GAL an die Handelskammer und den Wirtschaftsflügel der CDU, dass sie im Falle eines schwarz-grünen Bündnisses von ihrer Seite nicht allzu viel Widerspenstigkeit zu befürchten hätten.

Restbestände der Dissidenz

Zudem hatte sich die GAL in der Vergangenheit im rot-grünen Bündnis nach 1997 als hinreichend ‚politikfähig' erwiesen. So trug sie etwa zur Vernichtung des Mühlenberger Loches für die Erweiterung des Airbuswerks, zum Verkauf der HEW und zur Einführung der Verabreichung von Brechmitteln bei mutmaßlichen Dealern bei. Schließlich probte man auf Bezirksebene in Altona seit 2004 erfolgreich schwarz-grüne Bündnisfähigkeiten. Die Restbestände der Dissidenz bestanden bis vor kurzem vor allem in der Ablehnung einer Elbvertiefung, sowie dem geplanten Neubau des Kohlekraftwerkes in Moorburg.

Erst Buhrufe, dann parierte die Basis

Dass politischer Erfolg eine relative Größe ist, erfuhr seit der Wahl am 24. Februar niemand so deutlich wie die GAL. Als die Hochrechnungen am Wahlabend bestätigten, dass es für eine rot-grüne Mehrheit nicht reichte, blieb es totenstill auf der Wahlkampfparty in der Kiezlocation ‚Herzblut' auf der Reeperbahn. Sofort einsetzende Spekulationen über ein mögliches schwarz-grünes Bündnis in der Wahlkampfberichterstattung der Fernsehanstalten wurden mit Buhrufen quittiert. „Es gibt keinen klaren Wähleraufrag. Mir fehlt die Phantasie, wie das mit der CDU oder den Linken gehen soll,“ meinte GAL-Bürgerschaftsfraktionsvize Christian Maaß ernüchtert. Da SPD-Spitzenkandidat Michael Naumann ein Bündnis unter Beteiligung der ‚Linken' ausschloss, blieb der GAL neben dem Gang in die Opposition nur die seit Jahresanfang immer wieder kolportierte Option auf ein Bündnis mit der CDU. Auch in der ersten Stunde wurden in der Fischauktionshalle auf der Wahlparty der CDU die ins Kraut schießenden Spekulationen zu Schwarz-grün mit Missfallen lautstark kommentiert. „Hier sind Grüne noch ein Schimpfwort“, wusste eine NDR-Reporterin bei einer Live-Schaltung ihres Senders über die anfängliche Atmosphäre dort zu berichten. Nachdem aber die CDU-Oberen in ihren TV-Statements der GAL Gespräche anboten, parierte die Basis. Schon am Montag darauf konnte man in der Lokalpresse den Stimmungsumschwung des christlichen Parteivolks in wohlmeinenden Statements für Schwarz-Grün nachlesen. Selbst die Bundes-CDU setzte nach. CDU-Generalsekretär Roland

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3:

Profalla ließ aus Berlin zu Schwarz-grün verlauten: „Diese Option ist für Hamburg, aber auch für den Bund interessant und würde die politische Farbenlehre bereichern.“ Hamburgs GAL-Chefin Christa Goetsch zeigte erst mal harte Kante. „Wir wollen nicht auf Teufel komm' raus an die Macht. Wir wollen schließlich nicht unsere Glaubwürdigkeit verlieren.“ Notfalls gehe man „erhobenen Hauptes in die Opposition“.

Ziemlich mitgenommen

Nun, hundert Koalitionsverhandlungsstunden später, sieht die Welt anders aus. In den Bereichen Bildung, Verkehr, Stadtentwicklung haben beide Parteien der Einsicht zu neuer Gültigkeit verholfen, dass in Gefahr und Not der Mittelweg den Tod bedeutet. Die GAL wollte bis zur 9. Klasse die gemeinsame Schule etablieren, die CDU wollte das klassische Gymnasium erhalten. Nun soll als Kompromiss zumindest bis zur 6. Klasse gemeinsam gelernt werden. Die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren hat die GAL zugunsten einer nach dem Studium einkommensabhängig bezifferten Gebühr geopfert. Ein gebührenfreies Erststudium ist etwas anderes. In der Verkehrspolitik verhandelte die GAL die Wiedereinführung der Straßenbahn in Hamburg. Dafür akzeptiert sie den Bau von Autobahn- und Umgehungsstraßenprojekten im Süden Hamburgs, die die Partei früher gemeinsam mit Bürgerinitiativen bekämpft hat. Ausgerechnet in dem politischen Teilbereich Inneres und Bürgerrechte gab es keinen Anlass für Kontroversen. Ein bisschen mehr Rechte für Flüchtlinge, kritische Überprüfung zukünftiger Videoüberwachungsmaßnahmen hier, dort eine Liberalisierung der Rechtspolitik, die sich allein aus Kostenerwägungen für die CDU rechnet. Die längst überfällige Schließung des unterbelegten Jugendknastes Feuerbergstraße war allein aus haushaltstechnischen Gründen geboten. Da musste die GAL lediglich durch weit offen stehende Türen rennen. Die Elbe wird – grüner Knackpunkt hin oder her - einen Meter tiefer als bisher. Das Kohlekraftwerk in Moorburg bleibt eine offene Wunde. Udo Nagel geht zurück nach Bayern; ihm folgt als Innensenator der bisherige Staatsrat Christoph Ahlhaus (CDU), der hinreichend für die Kontinuität in der Hamburger Innenpolitik sorgen wird. Was die neu eingerichtete Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte bewirken kann, muss sich erst noch zeigen.

Tatsächlich liegen die Probleme der Vermittelbarkeit des schwarz-grünen Bündnisses nicht in der Partei, sondern bei den Wählern. Farid Müller aus dem Kreisverband Hamburg-Mitte: »Unsere Wähler wollten nicht Schwarz-Grün.« Er riet daher: »Wir müssen unsere Wähler emotional mitnehmen.« Die aber könnten eher mitgenommen sein von dem, was mit Schwarz-grün nun Hamburg in den nächsten vier Jahren blüht. Statt von Beust abzulösen, sitzt der Bürgermeister mit Hilfe der GAL nun fester im Sattel denn je.

Impulsgeber zum sozialen Schutz der AnwohnerInnen:

Sozialgenossenschaft für St. Pauli Nord?

Von Christoph Speier

Zwischen Karo- und Schanzenviertel gibt es rund um die “Alte Rinderschlachthalle” ein Ensemble von Gebäuden, die unterschiedlich genutzt werden. Dazu gehört der KaroStar, der sich wie ein Riegel zwischen die beiden Viertel geschoben hat. Neben diesem nicht besonders planungsklugen Neubau steht auf der anderen Seite der bereits um 1890 errichtete ehemalige Stall für Pferde, die im Schlachtergewerbe im Einsatz waren. Dieses Gebäude in der Sternstraße 2 ist im öffentlichen Besitz der Stadt Hamburg und stand Ende der 80er Jahre zum Abriss an.

Es konnte jedoch 1992 und 1993 von der Lerchenhof Handwerksgenossenschaft St. Pauli e G in großer Eigenleistung und mit selbst beschafften Mitteln der Arbeitsbehörde saniert werden. Die Genossenschaft richtete in dem Gebäude einen Bauhandwerksbetrieb mit Tischlerei, Sanitärbetrieb und Baustellenlogistik sowie ein Restaurant ein. Sein Name “Palé” war ein Verkürzung und -ballhornung von “Palette”, dem gleichnamigen Projekt zur Sorge drogenabhängiger Menschen. In allen Bereichen wurden substituierte DrogenkonsumentInnen beschäftigt, die damit ihre Rückkehr in den üblichen Broterwerb vorbereiten konnten. In den 21 Jahren seit Gründung der Lerchenhof eG wurden so mehr als siebenhundert Menschen auf Baustellen und in der Gastronomie beschäftigt, ein Drittel davon waren ehemalige Drogenabhängige. Es bestand also eine auf soziales Wirtschaften ausgerichtete Nutzung des Gebäudes in der Sternstraße.

Mittlerweile gibt es eine solche soziale Nutzung in dem Gebäude nur noch im Wirtschaftsbetrieb des jetzt “Neuen Palé”, zum Beispiel über Schulkantinen, die Mittagsversorgung sozialer Projekte etc). Deswegen hat die Genossenschaft im vergangenen Jahr die Nutzung des Gebäudes den AnwohnerInnen für familäre und soziale Nutzung geöffnet, und, angegliedert an die Gaststätte, einen Kollegraum für selbst organisierte Fortbildung, soziale Selbsthilfegruppen und politische Initiativen bereit gestellt. Die STEG – die so genannte STädtische, allerdings mittlerweile privat wirtschaftende EntwicklungsGesellschaft, die in Treuhandschaft einer städtischen Immobilie als Vermieterin auftritt, untersagte der Lerchenhof Genossenschaft diese stadtteilorientierte Nutzung und drohte Anfang diesen Jahres sogar mit der fristlosen Kündigung. Ein Teil der Aktivitäten in der Sternstraße kam deshalb wieder zum Erliegen.

Die meisten Menschen in St. Pauli-Nord, hier verstanden als Gebiet vom Karoviertel bis Eimsbüttel-Süd und Altona-Nord, sind von dem, was ihnen als ‚behutsame Sanierung' verkauft wird, mehr als gebeutelt. Neben dem teuren Leben durch Mieterhöhungen, der Ansiedlung zuwandernder neuer städtischer Eliten in Eigentumswohnungen und überzogenem Kneipenbetrieb sind öffentlich gemeinschaftlich nutzbare Gebäude oder Flächen fast verschwunden. Wer heute seinem jugendlichen Nachwuchs eine Geburtstagsfeier ausrichten oder selbst Familie oder FreundInnen einladen will, muss eine Menge Geld haben.

Foto: Tina Fritsche

Die Einschränkung öffentlichen Freiraums geht einher mit anderen Problemen, insbesondere den Schwierigkeiten von Mieterinnen und Mietern in Häusern, die in die Hände neuer privater Besitzer geraten. Nach der Verdrängung der meisten von Hartz IV betroffenen EinwohnerInnen beginnt nun die Ausgrenzung der verbliebenen unteren Mittelschicht im Quartier. Diese Leute sind natürlich nicht blöd und suchen nach Auswegen: Sie versuchen ihre Häuser gemeinsam in genossenschaftlichen Besitz zu nehmen, ringen z.B. um die Qualität der von ihren Kindern genutzten Schulen und Kindestagesstätten oder widersetzen sich der weiteren Nutzungseinschränkung des Sternschanzenparks.

Und doch sind selbst die politische aufgeklärten Menschen im Viertel nicht nur vom touristischen Nachtlärm erschöpft, sondern stehen dem allgemeinen Druck, den die neoliberale Umstrukturierung ihres Lebensumfeldes mit sich bringt, meist wütend und ratlos gegenüber. Daher war die Idee, im Herbst 2008 eine Sozialgenossenschaft für St. Pauli Nord zu gründen, unter anderem, um ein soziales Netz jenseits der Konsumhöhlen zu knüpfen, naheliegend.

Als mögliches soziales Zentrum bietet sich der alte Pferdestall in der Sternstraße von Lage und Konstruktion her an. Der Bedarf von Seiten der AnwohnerInnen besteht ohne Zweifel.

Der ehemalige Stall für Pferde in der Sternstraße 2 gestern und heute

Foto: Lerchenhof e.G.

Herzstück könnten darin zwei große in bescheidenem Umfang ausgebaute frei nutzbare selbst verwaltete Versammlungs- und Seminarräume sowie ein Angebot frühkindlicher und Jugendmusikbildung sein – letzteres in Ergänzung zur ‚Hamburg School of Music', dem ‚Knust' und vor Ort angesiedelten kleineren Unternehmen der Musikindustrie in Kooperation mit den Schulen in der Ludwig- wie Friedrichstraße sowie umliegender Kindertagesstätten.

Was aber soll das für ein Typ von Genossenschaft sein? Es geht nicht darum - wie im SPD/PDS regierten Berlin – so genannte Stadtteilgenossenschaften zu schaffen, die kaputt gemachte öffentliche Dienstleistungen vom Müll bis zur Erziehungshilfe selbst neu organisieren müssen, sondern um den Versuch, einen Kristallisationspunkt autonomen und sozialen Verhaltens in der Bevölkerung in den hiesigen Viertel zu fördern. Dieser Prozess wäre dann in der Struktur einer solchen Genossenschaft demokratisch zu diskutieren und zu kontrollieren. Ihr Kapitalstock sollte es ihr ermöglichen, sowohl das Gebäude in der Sternstraße zu kaufen als auch MieterInnen zu helfen, dasselbe mit ihren Wohnungen zu tun. Ein Anfang vielleicht, um sich politisch über die Zustände klar zu werden und diese zu ändern.

Wer und was ist die Lerchenhof Handwerksgenossenschaft St.Pauli?

Sie wurde 1987 vom Verein “Abenteuerspielplatz am Brunnenhof e.V.” gegründet und hat heute zwölf Mitglieder (Einlagen 2007: EUR 202.214,98). Ihr wegen seiner Streitbarkeit in St. Pauli wohl bekannte, manchmal wenig geliebte Vorstand Michael Hermann und sein Kollege Kemal Celik haben sie bis 2005 recht erfolgreich angeführt. Im Bauhandwerk beschäftigte die Genossenschaft damals zahlreiche ArbeiterInnen mit Migrationshintergrund und erlebte massiv das bekannte Szenario einschüchternder Kontrollen auf ihren Baustellen. Doch nie wurde ein/e Kollege/in ohne Sozialversicherung angetroffen, aber zahlreiche wegen nicht mit geführter Pässe von der Polizei zeitweilig festgenommen. Zudem griff die Sozialverwaltung im Streit um 8.100 Euro zu dem Mittel, der Lerchenhof eG ein Insolvenzverfahren aufzuzwingen. Es musste zwar beendet werden, stürzte aber das Hauptgeschäft in eine Krise. Mit Hilfe der ehemaligen Trägerin der Ökobank, der OekoGeno eG aus Freiburg, konnte diese anfangs überbrückt werden. Heute bekommt das Bauhandwerk, wenn es seinen Leuten normale Tarife zahlt, in der Stadt keine Aufträge mehr.

Wenn eine neue Sozialgenossenschaft für St. Pauli Nord zustande kommen sollte, will der Lerchenhof die Gründungskosten tragen und sich am Kapital beteiligen. chs

Anzeige

Von der Pappfigur zu Altpapier

Von #QUARTIEREN#

Die Marktstrasse soll 2009 trendy umgebaut werden. Pläne dafür hat die Steg im November 2007 dem Sanierungsbeirat und im März diesen Jahres der breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Außer der Verbreiterung der Bürgersteige und der Einrichtung optischer Hilfen, die das Karoviertel als wertvoll markieren sollen, gibt das Konzept allerdings nichts her.

Schon im Beirat hatte sich heftige Kritik an der mangelnden Berücksichtigung der Bürgerinteressen geregt: Weder waren die Wege für Schulkinder verbessert worden noch hatten die Planer mehr Grünflächen oder Begegnungsorte für die Nachbarschaft vorgedacht. Ohne die Kritik auch nur mit einem Wort aufzunehmen oder vorzutragen, zeigte die Steg den über siebzig Interessierten bei der öffentlichen Diskussion im März genau die gleiche mäßige PowerPointPräsentation wie dem Beirat vier Monate zuvor.

Nun könnte man denken, dass die seit 1984 im Karolinenviertel agierende Stadtentwicklungsgesellschaft, schon wüsste, was sie tut, wenn sie die Sanierung des Quartiers mit dem Umbau der Marktstrasse abschließt. Sie weiß es auch – allerdings steht ihr Handeln nicht im direkten Interesse der NutzerInnen des Viertels. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, dass die mittlerweile privatisierte Steg einzig ihr eigenes Interesse an einer finanziellen Aufwertung des Quartiers verfolgt. Für die Gesellschafter der Steg ist es ein Gewinn, wenn die Quadratmeterpreise steigen. Für die BewohnerInnen nicht. Denn wenn 2010 die Steg die über 800 Wohnungen und rund 300 Gewerbeflächen, die sie momentan verwaltet, an die Stadt zurückgeben muss, wird es den jetzigen NutzerInnen schwer fallen, die Immobilien zu kaufen – der Steg hingegen nicht.

Hier wird klar, warum die von der Steg geleiteten Beteiligungsprozesse nur oberflächlich laufen. Anstatt die Bewohnerinteressen mit Umfragen und Internetforen zu ermitteln, bevor ein teures Planungsbüro beauftragt wird, stellt die Steg fast fertige Konzepte vor, bei denen die Bürger dann höchstens noch die Breite der Gehwege diskutieren sollen. Außerdem verzichtet die SteG weitestgehend auf eine Mehrsprachigkeit ihrer Publikationen.

So entsteht das Bild, dass die engagierten Menschen des Viertels für die Steg eine Art Beteiligungspappfiguren sind, die sie braucht, um sich vor ihren Geldgebern als solide Vertreterin der Quartiersinteressen darstellen zu können. Damit aus Pappfiguren kein Altpapier wird, das in einem quasi natürlichen Prozess aus den Straßen des Viertels geweht wird, hilft es nur, organisiert und lautstark selbst für Beteiligung zu sorgen.

Quo Vadis Karoviertel?

Ziemlich genau 20 Jahre läuft nun die „Sanierung" des Karoviertel. Am 26. April 1988 beschloss der Senat die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „St. Pauli-Nord / Karolinenviertel"

Foto: Oliver Giemza (Ein Friseur)

Von Heimund Hof

Zuvor hatte die Stadt seit den 1950er Jahren Grundbesitz und Immobilien im Karolinenviertel aufgekauft mit dem Ziel, alles abzureißen und Erweiterungsflächen für die Messe zu schaffen. Die Häuser waren deshalb teilweise jahrzehntelang nur sehr mäßig in Stand gehalten und praktisch nicht modernisiert worden. Gleichzeitig hatten die Verwalter die rund 1.100 städtischen Wohnungen vor allem an Mieter mit geringeren Ansprüchen, vor allem Migranten und Studenten, vermietet.

So wurde aus dem „Schlachthofviertel" ein unangepaßtes und buntes Quartier, in dem sich Kulturen und Subkulturen, Punx, Biker und Autonome, Türken, Kurden und Roma auf engem Raum ballten. Die Planer glaubten dennoch, dass diese Gruppen nicht lange im Quartier bleiben und einer Umstrukturierung des Viertels wenig Widerstand entgegensetzen würden. Diese Einschätzung mussten sie jedoch im Laufe der 80iger, vor allem nach den Auseinandersetzungen um die Hafenstraße, revidieren. Auch im Karoviertel formierte sich Widerstand, sowohl gegen Abrisse als auch gegen eine drohende Schicki-Mickisierung des Viertels. Es kam zu Haubesetzzungen und Räumungen. Gleichzeitig bildeten sich die ersten alternativen Wohnprojekte wie die die Mathilde und die Bahnhofsstraße, aus der heraus auch der Bauwagenplatz Bambule entstand. Die besetzten Häuser der LaMa (Laeiszstraße/Markstraße) wurden 1991 geräumt, der erste Versuch, die Bambule zu räumen, scheiterte hingegen im Dezember 1994 am heftigen Widerstand.

Mit der Sanierung ging es trotzdem voran. Statt des flächendeckende Abrisses des wurde nun die Modernisierung und Aufwertung des Viertels verfolgt Zu diesem Zweck war eigens die STEG gegründet worden. Diese hatte die Häuser von der Stadt in ein Treuhandeigentum bekommen, um sie wie ein Eigentümer sanieren und bewirtschaften zu können. Tatsächlicher Eigentümer blieb aber die Finanzbehörde, an die alle Häuser nach Ende der Sanierung automatisch entschädigungslos zurückfallen.

Von heute aus betrachtet war die Einrichtung des Treuhandvermögens wohl ein Glücksfall, weil die STEG keine Gewinne an die Finanzbehörde abführen musste und alle Erträge aus der Vermietung der Wohnungen in die Sanierung des Bestandes reinvestieren durfte. Dadurch blieben die Investitionen hoch und die Mieten niedrig. Wenn die Sanierung im Jahr 2011 abgeschlossen wird, werden über 80 Millionen Euro in die Instandsetzung und Modernisierung der ca. 1.100 Wohnungen, 200 Gewerbeeinheiten und allerlei Stadtverschönerungen geflossen sein.

Das Ende der Sanierungsphase rückt nun aber näher und damit der Rückfall der Wohnungen an die Finanzbehörde. Dort ticken mittlerweile die Köpfe deutlich anders als 1988. Die CDU-Senatoren Peiner und Freytag haben seit 2001 für über 2,2 Milliarden Euro städtisches Immobilienvermögen verkauft, der soziale Wohnungsbau wurde gleichzeitig gen Null gefahren. Die Finanzbehörde wird nicht Eigentümer der Häuser im Karoviertel bleiben. Schon bei der Einrichtung des Treuhandvermögens 1990 wurde die spätere Privatisierung vorgesehen. Was wird dem Viertel nach 2011 bevorstehen? Möglich ist alles, vom Verkauf auf dem Immobilienmarkt, ganz oder in Tranchen, bis zu einem Verkauf an die SAGA. Auch die STEG selber hat sich als Käuferin ins Spiel gebracht. Sie wirbt gegenüber der Stadt mit einer sozialen Vermietungspolitik, letztlich wäre dieses `Management buy out´ jedoch auch eine Privatisierung. Dies scheint die Finanzbehörde aber weniger zu stören als das unzureichende Eigenkapital der STEG, was eine praktisch komplette Finanzierung des Deals durch Kredite erforderlich machen würde. Dies führt zu hohen Zinskosten, die an die Mieter weitergereicht werden müssten, dann wäre es Essig mit den günstigen Mieten.

Die Finanzbehörde könnte die Wohnungen auch an die SAGA verkaufen. Das würde allerdings nicht zwangsläufig bedeuten, das die Mieten billig bleiben. Die SAGA muss der Stadt hohe Gewinne abführen, deshalb steigen in ihren attraktiven Beständen wie in St. Georg die Mieten bereits kräftig, nicht anders wäre es im Karoviertel.

Am schlimmsten wäre mit Sicherheit eine Marktprivatisierung. Die Mieten würden deutlich steigen, zwar begrenzt durch den Mietenspiegel, aber der ist gerade für Altbauten in den letzten 4 Jahren auch um mehr als 30% gestiegen. Wenn das Viertel nach den diversen Stadtverschönerungen, auch noch als „gute Wohnlage" eingestuft würde, kämen noch mal 20% drauf. Für die meisten alteingesessenen BewohnerInnen wäre das zu viel. Der Gau wäre die Aufteilung in Einzeleigentum. Die neuen Besitzer könnten Eigenbedarf anmelden, dann müssten die Mieter spätestens nach 10 Jahren aus ihrem Wohnungen raus.

Diese Entwicklung ist aber nicht unausweichlich. Die Verantwortlichen bei der Stadt ahnen, dass eine ausschließlich profitorientierte Privatisierung des STEG-Bestandes viel Unruhe verursachen würde. Eine Möglichkeit bestünde darin, dass sich STEG-Mieterinnen und Mieter zu einer Stadtteilgenossenschaft zusammenschließen, die möglichst viele Häuser von der STEG übernimmt.

Beim Kauf durch eine quartierbezogene Wohngenossenschaft würde aber auch Geld gebraucht. Jede/r Bewohner/in müsste, je nach Größe der Wohnung, einige Euro einbringen. Man/Frau bekommt dafür ein lebenslanges Wohnrecht, langfristig günstige Mieten und die Sicherheit, dass mit den Wohnungen nicht spekuliert werden kann. Das Ergebnis wäre praktisch ein Stadtteil in Selbstverwaltung. Ob das gelingt, wird vor allem davon abhängen, ob sich genügend Bewohnerinnen und Bewohner aufmachen, ihre Geschicke selber in die Hand zu nehmen.

Bitte ausschneiden und verteilen

An die Schanzenviertel-touristInnen

Sollten Sie im Viertel nach dem Weg zum Mövenpick-Hotel im Wasserturm fragen, wird sich die Begeisterung in Grenzen halten. AnwohnerInnen leisten seit Jahren und nach wie vor Widerstand gegen dieses Projekt. Allein im Jahr 2005 fanden 10 Demonstrationen gegen Hotelbau, Umstrukturierung und Repression statt. In den letzten Monaten wurde die Hotelfassade mehrmals mit bunten Farbklecksen neu gestaltet, und auch die Panoramascheiben des Restaurants bekamen den Unmut der AnwohnerInnen zu spüren.

Warum eigentlich?

Das Hotel im Schanzenpark …

… ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums. „Investor" Storr bezahlte für den Turm 1.- DM, für den umliegenden Grund keine 40.000 DM! Trotz Verpflichtung, den Turm zu erhalten, wurde über zehn Jahre nichts gemacht. Außerdem war eine 50%ige öffentliche Nutzung des Turms vereinbart. Davon hat sich Projektentwicklerin Patrizia mit einer Million € für Stadtteilprojekte freigekauft.

… schränkt die Nutzung des Parks nachhaltig ein. Ein Vertrag mit dem Bezirksamt regelt, wie viele Veranstaltungen, Kinderfeste, Fußballturniere etc. den Hotelgästen zuzumuten sind. Am Eingang Schlump sollten Wiese, Lärmschutzwand und (wiederum) zahlreiche Bäume unter Beton verschwinden.

Bereits während der Bauphase wurde das Parkleben durch Personenkontrollen und Hunderte von haltlosen Platzverweisen reglementiert. Seit Eröffnung im Sommer 2007 wurden gegen AktivistInnen des Widerstands gegen das Hotel teils absurde Anzeigen, Körperverletzungen, ein Polizeihundebiss und ein dreimonatiges Aufenthaltsverbot eingesetzt.

… ist außerdem illegal. Eine Klage von AnwohnerInnen wurde lediglich nicht zugelassen, da diese zu weit vom Turm entfernt wohnen und somit nicht klageberechtigt sind. Erhebliche Zweifel äußerte das Gericht dagegen zur Rechtmäßigkeit der Baugenehmigungen.

… ist ein Symbol für Umstrukturierung der westlichen Innenstadt im Sinne des Hamburger Senats. Die so genannte allgemeine Aufwertung der betroffenen Stadtteile führt zur Vertreibung weniger konsumkräftiger Menschen. Bereits „normale" Mietsteigerungen, Zwangsumzüge aufgrund von Hartz IV, Kampagnen gegen als besonders störend empfundene Gruppen befördern die erwünschte Sozialstruktur.

Wir stellen uns dieser Entwicklung weiterhin entgegen.

Mövenpick die Sterne klauen!
Schanzenpark für alle!

Weitere Infos: www.schanzenturm.de

Bitte ausschneiden und verteilen

To the Schanzenviertel tourists

Asking for directions to the Mövenpick Hotel in the former water tower, you'll notice limited enthusiasm on part of the locals. Since many years, they are still keeping up resistance against this project. In 2005 alone, 10 demonstrations against hotel construction, restructuring and repression have taken place. In recent months, the hotel's front has been the subject of re-decoration by means of colourful paint blots and the restaurant's panorama windows also have been the target of the neighbours' irritation.

Why, actually?

The hotel in the Schanzenpark …

… is a waste of public property. So-called investor Storr has paid DM 1.- for the tower and merely DM 40.000.- for the surrounding premises! Despite an obligation to maintain the tower, nothing had been done for more than ten years. Furthermore, a 50% public access had been negotiated of which project development company Patrizia have bought themselves off by € 1 million for local social projects.

… is considerably restricting the utilization of the park. A contract with the local authorities is limiting the number of events, children's parties, football tournaments etc. allowed to bother the hotel guests. At the "Schlump" entrance, the lawn, the noise barrier and – again – numerous trees were bound to vanish beyond concrete.

Even during the hotel's construction, personal controls and hundreds of arbitrary so-called "sendings-off" were regulating park life. Since the opening in summer 2007, partially absurd charges, personal injuries, a police dog-bite and a three-months exclusion order were employed against hotel resistance activists.

… is – additionally – illegal. A lawsuit of local residents was dismissed merely on the basis of their places being too distant from the hotel – therefore, they were not entitled to sue. The court, however, put forward substantial doubts regarding the legality of the construction permits.

… is a symbol for restructuring the western inner city according to the Hamburg Senate. The so-called general upgrade of the concerned quarters is resulting in the expulsion of people holding less purchasing power. Yet "normal" rent increases, compulsory removals because of German Social Welfare Law and campaigns against groups of people considered particularly irritating are promoting the desired social structure.

We go on fighting this development!

Pinch Mövenpick's stars!
Schanzenpark for all!
Free network for the preservation of the Schanzenpark

Further information: www.schanzenturm.de

Foto: Ines Lasch

„Ich bin Aktivistin und Mutter!"

Von Ines Lasch

Wie passen politischer Widerstand und familiärer Alltag unter einen Hut? Und wie erklärt man Kindern polizeiliche Repression? Ein Treffen mit Claudia Falke zwischen Aktenstudium, Gerichtsverfahren und Haushalt …

Sie schaut durch ihre Brille genau so, wie sie spricht: direkt, klar und ungeschminkt. Claudia Falke hatte freundlich die Tür geöffnet, wie immer in schwarzer Hose und schwarzem Sweatshirt. Zwei Hunde bellen den Besuch aufgeregt an. Das Gespräch findet am einladenden, geräumigen Küchentisch statt. Ja, zehn Uhr sei eine gute Zeit für die Unterhaltung, da habe sie schon einige ihrer Sachen, Haushalt und Einkäufe, erledigt. Es nerve sie, nachmittags mit dem Staubsauger die Kinder zu umkurven oder Wäsche zu sortieren.

Als der Kaffee in den Tassen dampft, blickt sie zunächst nervös auf das Diktiergerät. Sie sei den Umgang mit den Medien nicht gewohnt, klingt es unsicher aus der Ecke der Sitzbank. Dabei wirkt sie überhaupt nicht unsicher oder angespannt. Ein seltener Moment ob der mehr als zwanzig Verfahren, die ihr anhängen. Sie alle stehen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Umbau des Wasserturms in ein Viersterne-Hotel und der damit einhergehenden Privatisierung öffentlicher Räume – hier des Schanzenparks. Die Akten dazu füllen mittlerweile zwei Ordner. Claudia Falke bekam in den vergangenen Monaten mehr als siebzig polizeiliche Platzverweise mit teils abstrusen Begründungen, viele Male wurde sie ‚in Gewahrsam genommen und dabei erheblich verletzt: Mehrfach lädierte Handgelenke, eine übel gezerrte Schulter und eine schlimme Platzwunde an der Lippe sind das Resultat schwerer Körperverletzungen durch Polizeibeamte, die Claudia Falke während privater Spaziergänge im Schanzenpark, jenseits politischer Aktionen, erlitt und die teilweise notärztlich behandelt werden mussten. Mitte Dezember 2007 erteilte ihr die Polizei gar ein dreimonatiges Aufenthaltsverbot für weite Teile des Schanzenparks. Als Begründung für dieses Verbot dienten die vorherigen Verfahren (siehe Kasten). Die Auseinandersetzungen binden viel Zeit und Kraft. Abends, wenn die Kinder schlafen, geht Claudia Falke die Akten in Ruhe durch. Zu anderer Lektüre kommt sie kaum noch.

Wenn sie ihren Alltag schildert, wird schnell klar: Es gibt ein Leben neben dem Schanzenpark. Die erklärte Aktivistin ist auf dem Kiez aufgewachsen, im Schanzenviertel lebt sie seit 1981. Sie hat den Beruf der Kinderkrankenschwester erlernt und hat 17 Jahre im Schichtdienst sowie fünf Jahre als Dauernachtwache in verschiedenen Krankenhäusern gearbeitet, bis der Sohn auf die Welt kam.

Foto: Tina Fritsche

Die Grenze gemäß Aufenthaltsvebot – installiert am 15. März beim Aktionstag gegen das Polizeigesetz

Ihr Tag beginnt wie in anderen Familien auch mit dem gemeinsamen Frühstück. Sobald Mann und Kinder aus dem Haus sind, konkurrieren die Hunde, Einkaufskorb und Waschmaschine um ihre Aufmerksamkeit. Danach bleibt Zeit für Termine, Begegnungen mit Freunden und Bekannten. Der Nachmittag gehört „den Kids". Da werden die Hausaufgaben und großen und kleinen Sorgen des Alltags auf den Tisch gepackt. Die neunjährige Tochter braucht Unterstützung in Mathe. Der dreizehnjährige Sohn pendelt altersgerecht zwischen einer Eins minus in Englisch und „kein Bock auf Schule." „Wenn er will, kann er durchaus. Nur... dieses Wollen muss ich ihm immer wieder erklären", so die Mutter.

Für Mutter und Sohn gibt es jeden Nachmittag ein zweistündiges Zeitfenster: „Wir erziehen unsere Kinder zur Verbindlichkeit." Am Abend essen alle gemeinsam am großen Tisch und sprechen viel miteinander. Geht es dann auch um den Schanzenpark und die Repressionen? „Natürlich fragen die Kinder, wenn sie sehen, dass meine Hand bandagiert ist. Dann bekommen sie eine sachliche, ehrliche Antwort", so die Mutter. Im November 2005 und im Mai 2006 mussten die Kinder zwei Hausdurchsuchungen miterleben. Das hat sie sensibilisiert für die Geschehnisse um ihre Familie und den Freundeskreis. Dennoch: „Die Kinder sollen nicht mit Angst vor oder Hass auf die Polizei aufwachsen. Es könnten schließlich Situationen eintreten, in denen sie auf ihre Hilfe angewiesen wären."

Claudia Falke sieht es so: „Das neue SOG gibt den Beamten freie Hand. Die gesamte Repression geht vom Staatsschutz, Abteilung Linksextremismus aus, in Zusammenarbeit mit dem PK 16. An mir wird ein Exempel als unliebsame Person des politischen Widerstands statuiert." (*) Belastet die Situation sie sehr? „Natürlich geht das nicht spurlos an mir vorbei. Einige Situationen empfand ich schon als bedrohlich." Dann huscht ein Lächeln über ihr Gesicht, denn am 3. März hob die Polizei das dreimonatige Aufenthaltsverbot ohne jegliche Begründung vorzeitig auf. „Einige Tage zuvor hatte die Polizei gegenüber meiner Anwältin betont, dass das Aufenthaltsverbot auf jeden Fall aufrecht erhalten werde, da von mir nach wie vor eine Gefahr ausgehe. Da haben sich wohl Teile des Polizeiapparates, insbesondere der Staatsschutz, zu weit aus dem Fenster gelehnt! Ich vermute, dass die Polizei dann den Hinweis bekam, dass das Aufenthaltsverbot vor dem Oberverwaltungsgericht keinen Bestand haben würde."

Ihr hat die politische Arbeit schon immer Spaß gemacht: „Seit 1981 engagiere ich mich gegen die Umstrukturierungen und die Privatisierung öffentlicher Räume im Schanzenviertel und St. Pauli." Ein paar Jahre lang hatte sie sich aus der aktiven Arbeit zurückgezogen: „Mir ist wichtig, dass die Kinder sicher und versorgt sind. Wenn ich das nicht gewährleistet wusste, nahm ich nicht an Demos und Kundgebungen teil. Jetzt sind die zwei schon größer und selbstständiger. Ihre Betreuung ist immer abgesichert." Aber in die Auseinandersetzungen will sie sie natürlich nicht mit hineinziehen. „Dass mich der Staatsschutz observiert hat, damit kann ich umgehen. Aber dass sie meine Tochter im Alter von sechs Jahren auf dem Weg zur Schule mit mir fotografiert haben, ist ein Skandal. Sie hat schließlich mit meiner politischen Arbeit nichts zu tun und auf Polizeifotos nichts zu suchen."

Sehr entschlossen sagt sie: „Ich bin Mutter und Aktivistin. Und das ist machbar!" Das ist ihr wichtig. „Ich wollte nie so in die Öffentlichkeit. Aber viele Menschen kriegen sonst nicht mit, was sich hinter den Kulissen abspielt."

(*) Sicherheits- und Ordnungsgesetz, auch Hamburger Polizeigesetz genannt. Mit PK 16 ist das Polizeikommissariat in der Lerchenstraße, die so genannten Lerchenwache, gemeint. Das PK 16 stand in der Vergangenheit mehrmals wegen unrechtmäßiger polizeilicher Übergriffe in der Kritik.

Liste der Willkür

(Auflistung nach Aufenthaltsverbotsverfügung des LKA Hamburg, Staatsschutzabteilung vom 10.12.2007)

Datum	Vorwurf
25/11/2005	Sachbeschädigung
15/12/2006	Hausfriedensbruch
26/03/2007	Sachbeschädigung
10/05/2007	Sachbeschädigung
16/06/2007	Widerstand
30/06/2007	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz
17/07/2007	gemeinschaftliche Sachbeschädigung
18/07/2007	Widerstand
19/07/2007	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz
28/07/2007	Verstoß gegen das Versammlungsgesetz
29/07/2007	Widerstand
26/08/2007	Hausfriedensbruch
30/08/2007	Sachbeschädigung
09/09/2007	Sachbeschädigung / Widerstand
18/09/2007	Hausfriedensbruch
19/09/2007	Hausfriedensbruch
20/09/2007	Körperverletzung
05/10/2007	Hausfriedensbruch / Beleidigung
05/10/2007	Beleidigung
06/10/2007	Hausfriedensbruch
15/10/2007	Hausfriedensbruch / Sachbeschädigung
16/10/2007	Hausfriedensbruch / Beleidigung
17/10/2007	Hausfriedensbruch
23/10/2007	Hausfriedensbruch
27/10/2007	Beleidigung
22/11/2007	Hausfriedensbruch

Diverse Verfahren wurden zu einer Sammelanklage zusammen gefasst; andere hat die Staatsanwaltschaft bereits mangels Tatverdacht (§170,II) wieder eingestellt, andere Verfahren sind noch offen. Es wird weiterhin gegen Claudia Falke ermittelt...

Infos aus dem Koalitionsvertrag:

Polizei

(...) die polizeirechtlichen Vorschriften im Lichte der neueren Rechtsprechung >werden< auf weitergehende Anpassungsbedarfe überprüft. Dieses gilt auch für lageabhängige (verdachtsunabhängige) Kontrollen (PolDVG §§ 3 und 4), an denen im Grundsatz festgehalten wird. Die Maximalfrist für Aufenthaltsverbote nach § 12b Abs. 2 SOG wird halbiert, die Höchstdauer von Ingewahrsamnahmen gemäß § 13c SOG wird von bisher vierzehn Tagen auf künftig zehn Tage reduziert.

Im öffentlichen Raum wird es keine Verdrängung so genannter randständiger Gruppen geben. Die bestehenden ordnungsrechtlichen Regelungen (...) sollen nicht weiter ausgeweitet werden.

An der Videoüberwachung im öffentlichen Raum an Kriminalitätsschwerpunkten wird (...) grundsätzlich festgehalten. (...) Evaluierung der praktischen Umsetzung der Videoüberwachung (...).Bis Ergebnisse vorliegen, wird auf die Ausweitung der Videoüberwachung an neuen Standorten verzichtet. (...)

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist auch durch das Vorgehen der Polizei in der Praxis zu schützen. Dazu gehört, dass die Auflagen der Versammlungsbehörde und das Sicherheitskonzept der Polizei auch das Recht, Kundgebungen und dergleichen in Sicht- und Hörweite potentieller Adressaten durchzuführen, in besonderer Weise berücksichtigen. Zutritt und Verlassen von Demonstrationen ist den Teilnehmern grundsätzlich jederzeit möglich. Eine enge polizeiliche Begleitung von Aufzügen erfolgt nur ausnahmsweise auf der Grundlage einer sorgfältigen Gefahrenprognose. Um bei Demonstrationen die unverzügliche gerichtliche Überprüfung von Zwangsmaßnahmen zu gewährleisten, wird die Polizei die Gerichte rechtzeitig darüber informieren, wenn im Rahmen von Demonstrationen voraussehbar der richterliche Eildienst benötigt wird. Die Koalitionspartner vereinbaren die sofortige Einführung von Anti-Konflikt-Teams als integriertem Bestandteil der Polizei in Anlehnung an das Berliner Modell. (...)

Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte

(...) Die Zentralstelle hat die Aufgabe, darauf zu achten, wie die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in der Ausübung der Exekutive gewahrt werden (...) Ziel ist es, auf eine noch bessere Sicherstellung des bürgerfreundlichen und rechtswahrenden Handelns aller Institutionen des öffentlichen Dienstes hinzuwirken und eine noch größere Transparenz des behördlichen Handelns zu erreichen. (...)

Polizei vor Gericht: Bringt das was?

Von Britta EdeR (Strafverteidigerin, Hamburg)

Immer häufiger berichten Medien, dass die Polizei rechtswidrig handelt, sei es durch unrechtmäßige Ingewahrsamnahmen, Festnahmen oder körperliche Verletzungen bei Einsätzen. Wir erinnern uns: Beim G8-Gipfel in Heiligendamm kamen von 1.474 eingeleiteten Ermittlungsverfahren lediglich 157 zur Anklage. Die Durchsuchungen wegen vermeintlicher Bildung einer Terroristischen Vereinigung (§129a) im Vorfeld des G8-Gipfels erklärte der Bundesgerichtshof im Nachhinein als rechtswidrig. Bei der Anti-Repressions-Demonstration am 15.12.'07 in Hamburg kam es unzähligen fragwürdigen Freiheitsentziehungen, einem Demonstranten wurde das Ohr mit einem Polizei-Schlagstock abgeschlagen.

Das „Überagieren" der Beamten hat Effekt: Unliebsamer sozialer Widerstand wird kriminalisiert und damit delegitimiert, künftige TeilnehmerInnen und Interessierte werden abgeschreckt.

Wenn Pressemitteilungen der Polizei nur die Zahl der Festnahmen kolportieren, dient die verkürzte und einseitige Darstellung dazu, die Massivität von Polizeieinsätzen und deren Eskalationsstrategien zu rechtfertigen. Kritische KriminologInnen wie Fritz Sack sprechen davon, dass auf diese Weise ein permanentes Kriminalitätsbewusstsein geschaffen wird, mit dem dann immer stärkere Repressionen und immer weitergehende Strafforderungen und -maßnahmen öffentlichen gerechtfertigt und durchgesetzt werden können. Wer sich gegen Übergriffe wehren will, hat vor allem zwei Möglichkeiten: Mit einer Anzeige gegen beteiligte PolizeibeamtInnen oder über eine gerichtliche Feststellung, dass eine polizeiliche Maßnahme - z.B. eine Freiheitsentziehung, ein Platzverweis oder ein Aufenthaltsverbot - unrechtmäßig war. Warum nutzen verhältnismäßig wenige Betroffene diese Möglichkeiten? Warum zeigen die Opfer die Täter im Amt so selten an? Ein Grund für die eher defensive Haltung der Opfer ist sicherlich die meist sehr einseitige mediale Aufarbeitung des Geschehens. Eine weitere, wenig diskutierte Erklärung ist der Wunsch nach ‚Gerechtigkeit' im Verhältnis zur realistischen Aussicht auf Erfolg und dem zeitlichen wie finanziellen Aufwand einer Klage. Denn der erste Schritt, die Anzeige, garantiert noch lange nicht, den Prozess ungeschädigt zu überstehen oder gar zu gewinnen.

Strafverfahren gegen Polizeibeamte haben fast nie Erfolg. Selbst, wenn klar ist, dass sich ein Beamte rechtswidrig verhalten hat, geht das Gericht meist davon aus, er habe nicht schuldhaft gehandelt. Oft bekommen die Opfer von Polizeigewalt in so genannten Einstellungsbescheiden zu lesen, sie hätten die Gewalt sozusagen selbst verschuldet, da sie den polizeilichen Anweisungen nicht sofort gefolgt wären. Da spielt es keine Rolle, wenn die Anweisung selbst rechtswidrig oder unverhältnismäßig war. Wenn dann auch noch die Polizei mit einer Gegenanzeige reagiert, um das eigene Vorgehen zu rechtfertigen, rückt die Aufarbeitung des meist traumatischen Übergriffs für das Opfer in weite Ferne.

Auch eine Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit der polizeilichen Maßnahme kostet Zeit und Geld. Im Normalfall fallen bei einer Klage vor dem Verwaltungsgericht rund 365 Euro Gerichtskostenvorschuss plus Anwaltskosten in gleicher Höhe an. Zudem kann sich so ein Verfahren über mehrere Jahre hinziehen, bevor die Klagenden eventuell Recht erhalten. Der größte Erfolg ist dann die gerichtliche Klarstellung, dass die Polizeimaßnahme rechtswidrig war.

Doch selbst dann kommt es nicht zu einem richterlichen Urteil, sondern nur zur Erledigung des Verfahrens. Die polizeiliche Praxis ändert sich dadurch meist nicht. Selbst bei rechtswidrigen Freiheitsentziehungen, einem der massivsten Eingriffe in die Grundrechte, haben die Opfer oft keine Möglichkeit, Schadensersatz zu bekommen. Oder es ist so wenig, dass sich der Aufwand nicht lohnt.

Die Zahl der Klagen gegen Polizeibeamte ist kein Indikator dafür, ob Polizeimaßnahmen rechtmäßig waren oder ob Kritik an einem Einsatz berechtigt ist. Historisch betrachtet steht Recht immer in einem Spannungsfeld zwischen der Nutzung als Mittel zur Durchsetzung herrschender (hegemonialer) Interessen und der Nutzung als Absicherung gegen individuelle, wirtschaftliche und staatliche Willkür. Je demokratischer die Verhältnisse sind, umso einfacher wird es den Einzelnen gemacht, Recht auch zum Schutz gegenüber staatlicher Willkür nutzen zu können. Im beschriebenen Zusammenhang eröffnen Rechtsprechung und behördliche Verfahrensweisen jedoch wenig Möglichkeiten des effektiven Schutzes.

Feindbild Demonstrant

Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation.
Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes.
Hrsg: Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein/Legal Team
Assoziation A, 175 Seiten, 10,- € (ISBN: 978-3-935936-68-2)

G8-Gipfel Rostock/Heiligendamm 2007: Zur Schau stellt sich ein modernisierter aufgerüsteter Sicherheits- und Sanktionsapparat, der schon im Vorfeld des Gipfels deutlich gemacht hat, dass man sich um lästige Freiheitsrechte und Trennungsgebote nicht scheren wird. Im frühzeitig einberufenen Führungsstab der Kavala war neben dem BKA und der Bundespolizei auch die Bundeswehr mit sog. „Verbindungselementen" integriert. Im Einsatz waren neben nicht polizeilichen Einsatzkräften ca. 17.000 BereitschaftspolizistInnen, 1.000 BKA-BeamtInnen, 2.500 BundespolizistInnen und rund 1.450 SoldatInnen der Bundeswehr. Das Buch zieht mit seiner Aufsatzsammlung eine erste kritische Bilanz dieser Machtpräsentation. Die AutorInnen sind neben JournalistInnen und BewegungsaktivistInnen ganz überwiegend RechtsanwältInnen des anwaltlichen Notdienstes, die unter dem Dach des republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) und in enger Kooperation mit den Ermittlungsausschüssen (EA) in Heiligendamm unter der Bezeichnung Legal Team aufgetreten sind. Ausführlich dokumentiert werden die Taktiken der polizeilichen, militärischen, medialen und judikativen Behinderung sozialer Protestbewegung. gleichzeitig wird versucht, diese Erfahrungen in einen umfassenderen Zusammenhang herrschender Sicherheitspolitik zu stellen. Das Buch zollt den Demonstrierenden Respekt, die auf vielfältige und phantasievolle Weise das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigt haben. Es zeigt aber auch auf, dass es mehr zu tun gibt, als nur auf die Einhaltung verfassungsrechtlicher Minimalia zu bestehen.

Christine Siegrot, Rechtsanwältin

schanze | 20357 engagiert – aufmunternd – anregend

Impressum

Diese Zeitung wird kostenlos verteilt im Schanzen-, Karolinenviertel, St. Pauli, Eimsbüttel-Süd und Altona-Nord.

Internet: www.schanzenturm.de

Redaktion: Tina Fritsche (Leitung/Koordination), Bärbel Högemann, Willi Scherf, Jörg Mehnert. Unter Mitarbeit von Andreas Blechschmidt, Britta Eder, Oliver Giemza, Hanne Hollstegge, Heimund Hof, Ines Lasch, #_quartieren_#, Klaus Schlagowsky, Christine Siegrot und Rayk Wieland.

Postanschrift: Postfach 50 08 42, 22708 Hamburg, eMail: redaktion@schanze.20357.de
Für die Anzeigen und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Christoph Speier, 22769 Hamburg, Telefon 040 24427198, Telefax 040 41352759

Gestaltung: www.gamb.biz

Druck: Koch Medien GmbH, 22708 Hamburg

Auflage: 17.000

Anzeigen

Buchhandlung
Literatur &Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040/430 06 06
Fax 040/430 16 37
info@schanzenbuch.com
www.schanzenbuch.com
Mo. - Fr. 9.30 - 19.00
Samstag 10.00 - 16.00
Buchhandlung im Schanzenviertel GmbH 20357 Hamburg

Anwaltsbüro Andreas Beuth
Rechtsanwälte
Andreas Beuth
Strafrecht, Familienrecht, Mietrecht, Versicherungsrecht*, Verwaltungsrecht*
Marc Meyer
Strafrecht, Verkehrsrecht, Sozialrecht-ALG II, Arbeitsrecht*, Polizei- und Ordnungsrecht*
Hendrik Schulze
Mietrecht, Allgemeines Zivilrecht, Strafrecht, Haftpflichtversicherungsrecht*, Familienrecht*
*Interessenschwerpunkte
Waterloostraße 9a, 22769 Hamburg, Tel. 040 39 90 54 07, Fax 040 43 18 38 76, Termine nur nach Vereinbarung

Italienisch für Politik + Urlaub
1. Aufbaukurs
für Menschen mit Grundkenntnissen aus dem Buch „Allegro" ab Lektion 8
ab Dienstag, 6. Mai um 18:15 Uhr
2.Anlern- und Grundkurs
für AnfängerInnen ab Lektion 1
ab Donnerstag, 8. Mai
(genaue Uhrzeit bitte erfragen)
LERCHENHOF KOLLEG
Sternstraße 2, Hamburg, zwischen Schanzen- und Karoviertel, Rückseite des Restaurants NEUES PALÉ
Anmeldung vor Ort, Kosten 50,- € für 10 Abende á 90 Minuten.
Info: Anna Maria 23.81.88.53 (ab 21:00 Uhr)

Jede Menge Morde

Angeblich sind beide Altonaer Krimis von Robert Jarowoy erfunden, in Wirklichkeit übertrifft die Wirklichkeit die Handlung noch: Im ersten Band ‚Mord im Bismarckbad' erfährt man alles über Kabale und Liebe in der Altonaer Lokalpolitik. Man kann erfahren, wie es in den Familien führender CDU und grüner PolitikerInnen zugeht und in welchem Zustand sich die Redaktion des lokalen Anzeigenblattes befindet. Mord folgt auf Mord und die deutsche Polizei benötigt dringend die Hilfe eines griechischen Kommissars. Bei jedem Ermittlungsgespräch spürt man die Schwere des griechischen Essens im Magen und so verzwickt verläuft denn auch die Geschichte. Der zweite Krimi ‚Tod im Rechtsamt' versucht zu erklären, wie Kapitalismus im Großen und im Kleinen funktioniert. Dabei wird plötzlich aus dem Rechtsberater eines italienischen Immobilenkonzern, der mittlerweile im Besitz der Immobilie des ehemaligen Bismarckbades ist, eine mafiaähnliche Figur. Mehr verraten wir nicht. Beide Bücher sind zwar für den und die DeutschlehrerIn schwer verträgliche Kost, aber hoch amüsant und selbst für den politisch abgeklärten Menschen lehrreich. tf

Robert Jarowoy: ‚Tod im Rechtsamt' und ‚Mord im Bismarckbad', beide 2007 erschienen im Selbstverlag, zu kaufen nur in ausgewählten Buchhandlungen, z.B. bei Weiland im Mercado.

Hier war's schon immer interessant!

Ein Gespräch mit Norbert Stenzel

Das Café Stenzel ist eines der ältesten Cafés in Hamburg. 1932 gegründet, ist es am jetzigen Standort seit 1972 und wird mittlerweile in der dritten Generation von der Familie betrieben. Immer noch werden Brote und Brötchen, Kuchen, Torten und Pralinen in der eigenen Backstube hergestellt – ein sehr arbeitsintensiver Betrieb. Heute beginnt der Umbau des Ladens. In die Backstube kommt die neueste Technik, außen soll die Front moderner werden, innen wollen die Stenzels den plüschigen Charakter erhalten: „Ein Spagat". Auch nach dem Umbau können die sieben Festangestellten und auch die Teilzeitkräfte weiter arbeiten. Draußen wird es einen Verkaufsstand geben.

Das Haus am Schulterblatt 61 wird von einer Stiftung vermietet, eine frei finanzierte Miete wäre unbezahlbar. Für den Umbau gibt es Zuschüsse von der Stadt Hamburg – es ist das letzte Haus, das noch von der im Februar 2008 ausgelaufenen Sanierung betroffen ist.

Norbert Stenzel erinnert sich an die Zeiten der AG Schulterblatt im Rahmen der Sanierung des Schanzenviertels und den Widerspruch zwischen Planung und Wirklichkeit: „Für die Piazza war damals pro Lokal nur eine ein Meter breite Tischreihe geplant!" Negative Folge der Entwicklung ist die Verdrängung der Leute, die hier wohnen, vor allem mit kleinen Kindern. „Die nächste Generation ist schon weggezogen" - trotzdem behält Herr Stenzel den Glauben ans Viertel. „In so einer Goldgräberstimmung hat sich schon mancher die Nase verbogen", sagt er. Die Alternative ist für ihn mehr Mitbestimmung und Planung der Bewohnerstruktur durch sozialen Wohnungsbau.

Als 1998/99 während des Sielbaus das Schulterblatt gesperrt war, wäre das Cafe fast pleite gegangen: erst da wurde klar, wie viel Kundschaft mittlerweile auch aus anderen Stadtteilen kam und mit dem Auto anreiste. „Dieses Viertel war schon immer interessant, auch wenn die Touristen erst jetzt kommen. Nach einer bestimmten Zeit wird die Karawane auch wieder weiter ziehen, aber hier werden immer Menschen wohnen, die von Hand gemachtes Gebäck essen wollen."

Wir sprechen über das alle fünf bis sechs Jahre wechselnde Klientel des Cafes. „Während der Schlacht um die Flora war hier neutraler Boden – ich hab an die Polizisten genauso verkauft wie an euch," sagt Stenzel. „Wenn sie mich in der Innung gefragt haben, wie das geht, hab ich gesagt, die einen kommen in den geraden, die anderen in den ungeraden Stunden".

Norbert Stenzel trauert dem „morbiden Charme" des Viertels nach. Auch, dass der klassische Einzelhandel immer öfter den Filialen großer Ketten weichen muss, findet er bedauerlich. Er selbst hat keine Angst vor der Backfactory, die gegenüber eine Filiale eröffnen will: „Die nehmen für alles den gleichen Teig und machen verschiedene Körner drauf. Bei uns gibt es nur kleine Chargen." In der Backstube staunt die Reporterin über zehn Eimer mit unterschiedlichen Mischungen für die Brötchen. „Alles natürlich!" Etwa fünf Cent mehr als in den Kettenbäckereien kostet so ein Brötchen. Während unseres Gesprächs wird das Gerüst angeliefert. Frau Stenzel schaut vom Tresen aus zu: „Hauptsache, es endet alles gut." **bäh**

Anzeigen